



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Correspondenz aus Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Correspondenz aus Schleswig-Holstein.

Vor einigen Wochen wurden die Holsteiner durch die Kunde von einer geheimnißvollen Zusammenkunft preussisch gesinnter Männer in Rendsburg in Aufregung versetzt. Dunkle Gerüchte über die dort geschmiedeten schwarzen Pläne flogen hin und her; man nannte einige früher gefeierte Namen, welche man aber seit längerer Zeit mit Argwohn oder gar Abscheu auszusprechen sich gewöhnt hatte, sogar zwei junge Kieler Professoren wurden von der eifrigen Schleswig-Holsteinischen Zeitung als Mitschuldige des grausen Werks genannt, jedoch für dieses Mal noch in Anbetracht des mildernden Umstandes, daß sie „kaum noch das Ende des vierhundertjährigen Kampfes gegen Dänemark miterlebt hätten“, mit einem gelinden Verweis wegen ihrer Unbesonnenheit entlassen. Man kannte nicht alle Einzelheiten, aber so viel war sicher: Die „Flensburger“ wollten das auserwählte Volk des Herrn rettungslos an den bösen Preußen verkaufen, und vielfach wurde wiederum das große Wort eines eifrigen Mannes variirt, der da schon im vorigen Sommer geschrieben hatte: „Der Verrath rüstet sich zum Sprunge!“

Was nun die Uebelthäter wollten, das kam zwar einstweilen formell nicht an die Oeffentlichkeit, aber da sie sich durchaus nicht verpflichtet hatten, aus ihren Ansichten und Bestrebungen ein Geheimniß zu machen, so konnte jeder Verständige bald erfahren, daß sie auf alle Fälle den „engsten Anschluß an Preußen“ wollten, nicht als ein trauriges, durch die Noth der Zeit abgezwungenes Opfer, sondern als einen Schritt zur Annäherung an das große Ziel der nationalen Einigung, und daß ihnen dieser Anschluß noch höher stand, als die Einsetzung der augustenburgischen Dynastie. Die Mehrzahl der Vereinigten wünscht allerdings aufrichtig, daß der Herzog unter den nothwendigen Beschränkungen zu Gunsten Preußens die Regierung bekäme, aber keiner war unter ihnen, der nicht die Annexion an Preußen der Schöpfung eines vollkommen souveränen Kleinstaats vorzöge.

Das waren denn Tendenzen, die allerdings sehr gegen die landesübliche Rechtgläubigkeit verstießen. Man hatte aber früher auch in viel weiteren Kreisen von „Anschluß an Preußen“ gesprochen; jetzt drängten nun diese unterschiedenen Bestrebungen die Einsichtigeren unter den gemäßigten Particularisten dazu, sich auch etwas deutlicher in diesem Sinne auszusprechen, zumal da man allmählig einsah, daß durch die sogenannte Bierziger- oder Umschlagserklärung, welche mit echt deutscher Aufrichtigkeit statt des Anschlusses an Preußen den unklaren Ausdruck „Anschluß an Deutschland“ gebraucht hatte, Preußen zu stark vor den Kopf gestoßen und mithin eine der Landesfache ungünstige Wirkung erreicht war. So erschien denn wieder in Kiel, dem Hauptstiz der Gemäßigten, eine Erklärung der Hauptleiter für den Anschluß an Preußen, die freilich weder Hörner noch Zähne hatte. Man wollte Preußen einige, und zwar nicht unbedeutende Vortheile geben, aber unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Herzogthümer, d. h. man verlangte, Preußen sollte den Herzog einsetzen und dann ruhig abwarten, ob er und die Stände ihm das gewähren würden, was es fordern muß. Daß nun aber eine schleswig-holsteinische Ständeversammlung aus freien Stücken Preußen große Zugeständnisse machen würde, erscheint bei der herrschenden Stimmung als eine Illusion. Allein auf jeden Fall zeigte

sich hier doch guter Wille: man gab zu verstehen, daß die eigenen Ziele von denen der Nationalen gar nicht so fern ablügen. Aber ganz anders klang es von anderen Orten her. Die von Kiel früher ausgegebene Parole hatte gewirkt; das Volk hatte sich die unklaren Sätze auf seine Weise ausgelegt. Als vierzehn Tage nach der Versammlung der Nationalen die Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine in Rendsburg zusammenkamen, da war die Majorität consequent und die Kieler erlitten mit ihren Anträgen, die bei aller Schwachlichkeit doch wenigstens ein gewisses Wohlwollen gegen Preußen zeigten, eine vollständige Niederlage. Der ungeschminkte Particularismus siegte; bezeichnend war vor allem, daß der Redacteur der preußenfresserischen Schleswig-Holsteinischen Zeitung, ein Israelit aus Schlesien Namens May, in den engeren Ausschuß gewählt ward. Neben mehren Gesinnungsgenossen dieses Herrn waren zwar auch einige gemäßigtere Männer gewählt, aber diese fanden die Gesellschaft doch zu gemischt und lehnten ab. Die schleswig-holsteinischen Vereine sind fortan als rein particularistische Clubs anzusehn.

Dieser Ausgang überraschte die Kieler etwas unangenehm. Einige der Führer traten aus dem Vereine aus, andere legten wenigstens ihre Vorstandsämter im Localverein nieder; andere wären auch wohl gern ausgeschieden, blieben aber aus höheren diplomatischen Rücksichten im Verein: man konnte ja nicht wissen, ob man nicht dereinst durch günstigere Umstände die verlorene Zeitung wieder in die Hände bekäme. Aehnliche Erscheinungen zeigten sich an anderen Orten: Rücktritt der Vorstände, Austritt zahlreicher Mitglieder, selbst Auflösung ganzer Vereine. In Flensburg, dem Ort, an welchem die preußische Partei noch am stärksten zu sein scheint, faßte der schleswig-holsteinische Verein einstimmig den Beschluß, sich aufzulösen. Manche Männer wurden natürlich durch die Niederlage der halben und die Siegesfreude der ganzen Particularisten zu den Grundstößen der Nationalen hinübergedrängt.

Die Bestrebungen derselben hatten mit überraschender Schnelligkeit als Hecht im Karpfenteich gewirkt und wesentlich zur Klärung der Parteiverhältnisse beigetragen. Wenig Aufsehen machte dagegen die jetzt stattfindende Veröffentlichung des rendsburger Programms dem Wortlaute nach. Alles Wesentliche war ja schon bekannt geworden, und dann wurde das Interesse daran durch das grade in diese Zeit fallende Bekanntwerden der preußischen Forderungen verdunkelt. Wenn auch der Wortlaut dieser Forderungen nicht vorliegt, so ist doch so viel deutlich, daß Preußen für sich noch etwas weniger fordert, als ihm die Nationalen einräumen möchten. Natürlich schließen sie sich diesen Forderungen entschieden an. Etwas unklar bleibt die Stellung der kieler Vermittlungspartei, die sich nirgends deutlich über das Verlangen Preußens äußert. Im Interesse des Herzogs ist es sehr zu bedauern, daß sich seine Rathgeber nicht rasch offen für dasselbe aussprachen. Ob man wirklich glaubte, daß man dereinst doch noch bessere Bedingungen bekommen würde? ob man durch eine Kundgebung für Preußen Oestreich und die Mittelmächte zu verlegen fürchtete? oder ob man noch tiefere Gründe hatte? man war diplomatisch und schwieg ganz. Mit Entrüstung verwarfen natürlich die Particularisten Preußens Anmahnungen.

Oestreich hat abgelehnt und trägt die Schuld, wenn sich das Provisorium noch in unabsehbare Ferne hinzieht. Unsere Particularisten, namentlich die sogenannten Demokraten lassen sich freilich durch die von Zeit zu Zeit vorgebrachten, den populären Wünschen schmeichelnden östreichischen Redensarten blenden, als ob der Kaiserstaat je das Geringste aus reiner Menschenfreundlichkeit gethan hätte. Kommt Oestreich einmal in eine Lage, welche ihm die Freundschaft Preußens nöthig macht, mag oder vermag Preußen ihm ein Aequivalent zu

bieten — etwa ein klingendes! — dann wird des ohne die geringsten Gewissenszweifel Preußen geben, was es verlangt, und das wird dann wohl mehr sein, als das letzte Mal. Wer weiß, wie bald ein solcher Fall eintreten kann? Thatsächlich sind die Herzogthümer ja doch in preußischem Besitz. Daß der Freiherr v. Zedlitz durch die neuen Instructionen, welche sein österreichischer Colleague bekommen haben soll, sehr gehemmt wurde, verlautet bis jetzt noch nicht. Aber freilich wird dieser Zustand auf die Dauer höchst unbehaglich, schon wegen des Mitgeföhls, das uns das Heimweh der armen Kroaten, Magyaren und anderer deutschen Brüder einflößt, welche wir so gern in ihre schöne Heimath entlassen. Den Anblick der bösen Pickelhauben werden wir ja freilich so wie so nicht wieder los werden.

Mit banger Erwartung richten wir Nationalen unterdessen unsere Blicke auf das preußische Abgeordnetenhaus. Allgemein ist anerkannt, daß dasselbe beim Wiederausbruch des schleswig-holsteinischen Streits nur zögernd im Spätherbst 1863 seine hohe Aufgabe übernahm. Die Erbitterung des parlamentarischen Kampfes konnte damals für den Mangel an rascher Entschlossenheit als Entschuldigung dienen; es war ja viel verlangt, daß man plötzlich mit dem Ministerium, das man so heftig bekämpfte, Frieden schließen sollte, um vereint mit ihm die höchsten deutschen Interessen zu vertreten. Inzwischen hat dies selbe Ministerium doch den Kampf für Deutschland zu einem ehrenvollen Ende geführt; diese Thatsache läßt sich nicht wegstreiten. Aber noch stehn große Interessen auf dem Spiel. Gelingt es Oestreich, die Constituirung eines selbstständigen Kleinstaats nördlich von der Elbe durchzusetzen, dann ist ein großer Theil des Gewinnes wieder preisgegeben. Die Abgeordneten haben jetzt Zeit genug gehabt, sich über die Lage klar zu werden. Könnten sie wirklich ein Parteinteresse über das der Nation stellen, so würde der gesunde Sinn des preußischen Volkes, sich von seinen Vertretern mit Trauer abwenden, auf welche es bisher so stolz war. Was man hier von der Stimmung liberaler Abgeordnetenkreise hört, was gelegentlich in den Worten Einzelner zum Vorschein kommt, klingt wenig tröstlich; aber noch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die Mehrheit das thue, was ihre Pflicht verlangt. Eine offene Erklärung der Abgeordneten, daß auch sie die nach Wien gerichteten preußischen Forderungen als das Minimum des zu Verlangenden ansehen und daß in dieser Frage die Regierung das ganze Volk hinter sich habe, würde nicht ohne bleibende Wirkung auf die Herren in Wien, Kiel und Frankfurt sein. Es ist freilich hart, daß man mit Herrn v. Bismarck gehn soll, aber thut man es nicht, so zeigt man, daß man persönliche Antipathien über die Sache des Vaterlandes setzt. Glaubt man, daß man durch eine Unterstützung des Ministeriums in dieser Frage den liberalen Interessen schade, so bedenke man doch, daß man ihnen durch Widerstand in ihr noch weit mehr Schaden wird, denn eine Neuwahl wird nach einem solchen Auftreten die Liberalen wahrscheinlich vieler Stimmen berauben, und wir Nationalen in den Herzogthümern würden dann leider in der widerwärtigen Lage sein, ein solches Resultat erfreulich finden zu müssen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. C. Albert in Leipzig.